

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf., Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto: Nr. 23885, Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Donnerstag, 21. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaßte Millimeterzeile 4-er deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, P. Mitteilungen, Vereins- und Verlagsanzeigen 0,60 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gepaßt oder deren Raum im Cent 2,- Mk.

Angestelltenstreik in der Breslauer Metallindustrie. Die Frechheiten des Unternehmertums.

Seit mehr als drei Monaten befinden sich die technischen und kaufmännischen Angestellten der Breslauer Metallindustrie in Tarifverhandlungen mit den Unternehmern.

Mit brutaler Rücksichtslosigkeit lehnten die Industriegewaltigen zuerst überhaupt jedes Zugeständnis ab. Erst nach monatelangen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer zu einer Bettelzulage bereit.

Da die Angestellten dieser noblen Firmen sowieso schon zu den schamlosesten Hungerlöhnen arbeiten müssen und oft nicht einmal das Existenzminimum haben, bedeutet die geringfügige Zulage ein wertloses Trinkgeld.

Die Frechheit der Unternehmer ging aber noch weiter. Für das gezeigte „Entgegenkommen“ den Angestellten gegenüber verlangten die Geldsackbesitzer nun ihrerseits:

- eine Verlängerung der tariflichen Arbeitszeit,
- Katt des bisherigen 6-Uhr-Ladenschlusses den 7-Uhr-Ladenschluß,
- unbezahlte Sonntagsarbeit,
- Verkürzung des Urlaubs und der Kündigungsfrist.

Mit so frechen Forderungen sind Unternehmer seit der Revolution wohl selten vor Arbeiter oder Angestellte getreten.

Aber das Unternehmertum glaubt jetzt wieder seinen Weizen reifen zu sehen. Dank der Hilfe der Sozialdemokratie, die in Regierung und Gewerkschaft eifrig die Interessen der Kapitalisten vertreten hat, ist die Unpässigkeit der Arbeitgeber wieder berart ins Kraut geschossen, daß sie glauben, ihren Angestellten jede Frechheit bieten zu können.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie Breslaus haben aber diesen unverschämten Stoß der Arbeitgeber zu parieren verstanden.

Sie haben den Unternehmern ein Ultimatum zugehen lassen, indem sie gegen den zugunsten der Unternehmer ge-

fällten Schiedsspruch protestieren und ihn als unannehmbar ablehnen.

Mit einer überwältigenden Mehrheit (1148 gegen 55 Stimmen) wurde beschlossen, Mittwoch, den 20. April, früh 7 Uhr, in den Streik zu treten, falls die Unternehmer die Forderungen nicht anerkennen.

Die Unternehmer haben natürlich das Ultimatum der Angestellten abgelehnt und so ist es gestern morgen in 41 Breslauer Betrieben zum Streik der technischen und kaufmännischen Angestellten gekommen.

Dieser Streik, zu dem das Unternehmertum die Angestellten provoziert hat, ist ein deutlicher Beweis dafür, wohin die Entwicklung geht. Die Unternehmer rüsten auf der ganzen Linie zum Angriff gegen die Arbeiter und Angestellten. Die Pariser Beschlüsse, die den deutschen Arbeitgebern schwere Lasten auferlegen, sollen auf die Schultern der deutschen Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden.

Die Unternehmer wollen keine Opfer bringen. Die 225 Milliarden Goldmark, die die Ententebourgeoisie von der besiegten deutschen Bourgeoisie fordert, sollen den deutschen Angestellten und Arbeitern aus den Knochen gepreßt werden.

Die letzte Errungenschaft der Revolution, der Achtstundentag, soll den Angestellten genommen werden. Sie sollen unbezahlte Ueberstunden leisten, die Ferien gekürzt bekommen, kurz zu entrechteten Lohnsklaven herabgedrückt werden. Die deutschen Angestellten und Arbeiter sollen in Zukunft nicht nur für die deutschen Unternehmer fronden, sondern auch noch für die Kapitalisten der Entente. Das wird die Zukunft deutscher Angestellter und Arbeiter sein, wenn sie sich nicht fest zusammenschließen zu gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter im eigenen Land, gegen die Ausbeuter der ganzen Welt.

„Wiedergutmachung“ und „Wiederaufbau Frankreichs“.

In dem gewaltigen Ringen zwischen dem Imperialismus Deutschlands und dem Imperialismus der Entente ist Deutschland unterlegen. Nach der imperialistischen Moral, wonach der Besiegte Unrecht hat, ist Deutschland also schuldig und wird verurteilt den Kriegsschaden der Entente wieder gutzumachen.

Die deutsche Regierung als Sachwalterin der deutschen Kapitalisten hat sich lange gegen die Rolle des Besiegten gesträubt, aber alles Sträuben, alles Deklamieren von unannehmbar, von Händen, die bei Unterzeichnung des Schmachfriedens verdorren sollen, nützte nichts. Hoch raffelte mit seinem Degen, das Ruhrgebiet wurde besetzt, die Ablieferung des deutschen Goldschates zur Sicherheit Frankreichs verlangt und so die Daumenschrauben immer enger angezogen.

Dadurch wurde die deutsche Bourgeoisie wieder gefügig und jetzt herrscht in der deutschen Regierung wieder „volle Einmütigkeit“ darüber, daß Deutschland den Alliierten unbedingt neue Vorschläge unterbreiten muß.

Die deutschen Kapitalisten sind also wieder zu Verhandlungen bereit und ihr Bestreben geht nun dahin, zu erreichen, daß das deutsche Kapital möglichst geschont und die Lasten der „Wiedergutmachung“ auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden.

Ein Weg dazu ist, das Ententekapital für die deutsche Industrie zu interessieren, indem man den Kapitalisten der Entente Beteiligung an deutschen Unternehmungen anbietet.

Die deutschen Arbeiter sollen also in Zukunft nicht nur für das deutsche, sondern auch für das Ententekapital ausgebeutet werden.

Man ist sich nur noch nicht einig über den Prozentsatz, den die beiden Kapitalistkliquen erhalten sollen von dem, was aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgeschunden wird.

Nach dem „Vorwärts“ verlangt der „Temps“, daß bei der Beteiligung der Ententekapitalisten die Aktienmehrheit in ihre Hände gelangt. Hierzu sagt der „Vorwärts“: „Ist das der Zweck der Uebung, so wäre allerdings eine Annäherung des deutschen und des alliierten Standpunktes sehr schwer.“ Der „Vorwärts“ hat nichts dagegen, daß die deutschen Arbeiter auch durch die Ententekapitalisten ausgebeutet werden; er wehrt sich nur dagegen, daß die Ententekapitalisten die größten Profite schluden. Als getreuer Knecht des deutschen Kapitals ist der „Vorwärts“ der Ansicht, daß die fettesten Happen von den deutschen kapitalistischen Haien geschluckt werden müssen.

Die Arbeiter aber haben alle Ursache, sich gegen beide Ausbeuterkliven zu wehren.

Jetzt hat man eine neue Möglichkeit gefunden, daß sich die deutschen und Ententekapitalisten einigen, um den deutschen Arbeitern gemeinsam das Fell über die Ohren zu ziehen.

Am 18. April schrieb der „Temps“:

„Frankreich sei schließlich der Verwendung deutscher Arbeiter im verwüsteten Gebiet grundsätzlich nicht abgeneigt, und es sei nicht ausgeschlossen, daß unter unerlässlichen Vorbedingungen ein Gesamtplan für die deutsch-französische Zusammenarbeit aufgestellt werde. Die Deutschen aber sprächen im Namen ihrer Sozialisten, von denen dieser Plan ausgehe, und die sich mit Händen und Füßen sträubten, in die deutsche Regierung einzutreten. Wenn die deutschen Linksparteien bei der Lösung des Reparationsproblems mitzurücken wünschten, wie es ihre Pflicht wäre, und wie sie es könnten, so hätten sie es doch in der Hand, die Sache in Fluß zu bringen, indem sie selbst die Macht ergreifen.“

Der französische „Temps“ sieht also die Hilferbinger und Scheidemannner als die besten Helfer der französischen Kapitalisten an.

Und die deutschen Gewerkschaftsführer geben sich die größte Mühe, damit der von der „Temps“ angeregte Plan verwirklicht wird. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund macht eine Reihe von Vorschlägen zum Wiederaufbau Frankreichs, wonach Deutschland Arbeiter zur Verfügung stellen, Kohlen, Holz und Baumaterialien, Getreide und Maschinen für Bauzwecke, Möbel, Defen, Kochgeschirre usw. liefern soll.

Mit den Aufräumungs- und Aufforstungsarbeiten soll sofort begonnen werden.

Diese Anregung kommt auch den deutschen Kapitalisten sehr gelegen. Sie versprechen sich von dem Wiederaufbau Frankreichs durch Deutschland, wenn die deutschen Unternehmungen das Material zu liefern haben, die Profite. Dem „Berliner Tageblatt“ ist die Sache so sympathisch, daß es schreibt: „Es wäre ein schweres Unrecht

Genosse Brandler verhaftet!

Der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Heinrich Brandler, wurde am Dienstag morgens 6 Uhr in seiner Berliner Wohnung verhaftet. Da außerdem gleichzeitig Genosse Max Sievers verhaftet wurde, der bis vor kurzem der Zentrale angehörte, so liegt der Schluß nahe, daß Polizei und weiße Justiz jetzt die Zeit für gekommen erachten, in ihrer verschärften Racheaktion einen Handreich gegen die gesamte Parteileitung zu unternehmen. Auf der Proskriptionsliste stehen, wie wir erfahren, zunächst noch sieben weitere führende Genossen der DKPD. Erhöhte Wachsamkeit der revolutionären Arbeiterklasse ist das Gebot der Stunde!

Immer weitere Verhaftungen!

In Merseburg wurde Genosse Willy Sachse verhaftet, der erst nach den Kämpfen in Mitteldeutschland als Unterbezirkssekretär in den Bezirk kam.

Kritik an den Ausnahmegerichten verboten!

Dem „Vorwärts“ wird aus Halle gemeldet: Bei der heutigen Verhandlung vor dem Sondergericht Halle ist den Pressevertretern von der Staatsanwaltschaft eine Erklärung überreicht worden, in der diese Verwarnung gegen die Pressekritik an der Tätigkeit der Sondergerichte einlegt. Das Schreiben drückt ferner die Drohung aus, bei weiteren Kritiken die Presse von den Sitzungen auszuschließen.

Selbst der „Vorwärts“, Zentralorgan der Sozialdemokratie, die in erster Linie für die Sondergerichte ihres Parteiliedes Obert verantwortlich ist, schreibt hierzu:

Diese Ankündigung der Staatsanwaltschaft übertrifft alles bisher Dagewesene. Jedes ordentliche Gericht, das sich gegen Kritik wehrt, setzt sich dem Verdacht der Besangenheit aus. Wenn das Gericht aber gar die Presse ausschließen würde, weil es kritisiert wird, so würde es damit seine Befugnisse weit überschreiten. Das Recht der Kritik besteht aber in weit höherem Maße gegenüber den Sondergerichten, deren Recht und Zweckmäßigkeit nicht nur von Kommunisten bestritten wird. Diese Sondergerichte haben außerordentliche Vollmachten, sie müssen daher selbst außerordentliche Kritik ertragen. Aber wenn die Staatsanwaltschaft gar eine solche Erklärung an die Presse gibt, von der unser Mitarbeiter spricht, dann ist das so ungebührlich und so wenig in ihre Kompetenzen fallend, daß der Justizminister allen Anlaß hätte, ihr dafür den schärfsten Rügen zu geben.

Der „Vorwärts“ wird wohl vergeblich auf diesen Rufen des Justizministers warten. Es wäre besser und einer Arbeiterpartei würdiger, wenn die Sozialdemokratie mit der übrigen Arbeiterschaft den Kampf gegen die Ausnahmegerichte aufnehmen würde.

Darauf wird man aber wohl ebenso vergeblich warten, wie der „Vorwärts“ auf den Rufen des Justizministers.

Immer noch keine Regierung in Preußen.

Die schwachen Gehversuche gelingen der bürgerlichen Alleinherrschaft noch immer nicht so recht. Den Demokraten ist es schwindlich geworden, so allein des Wegs mit den bösen Brüdern von Rechts zu gehen. Außerdem hat ihnen der Höllelärm der Oppositions-Demokraten starkes Herzklopfen bereitet und sie haben im letzten Augenblick, als sich die Regierungskarte schon in Bewegung setzen wollte, noch einmal Halt gerufen.

Nun sitzt Herr Siegerwald wieder einmal auf dem Trocknen. Dazu kommt, daß sämtliche Beamte, die als Fachminister in das Kabinett eintreten sollten, gedankt haben. Sogar Herr Graf Koedern, der als Finanzoperator eintreten sollte, hat verzichtet.

Aber das Regierungsspiel geht weiter. Wenn es mit links und auch mit rechts nicht geht, muß es einmal mit der Mitte allein verucht werden.

Siegerwald ist also gegenwärtig dabei, ein Kabinett auszubrühen, das nur von Zentrum und Demokraten gebildet werden soll. Der offizielle Bericht sagt schon jetzt: die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Eine kurze Landtagsitzung.

An dem allgemeinen Trauertummel für die verstorbene Auguste beteiligte sich natürlich auch der preussische Landtag. Zu einem völligen Ausfall der Sitzung reichte es jetzt noch nicht. So begnügte man sich damit, eine Tagesordnung aufzustellen, die in zehn Minuten erledigt war.

Die Deutschnationalen hatten den Antrag gestellt, am Tage der Beerdigung die Sitzung ganz ausfallen zu lassen. Der Antrag war aber nicht durchgegangen. So waren sie nun die einzigen, deren Bänke leer waren.

Ohne Debatte genehmigte man die Weiterordnung über den Zusammentritt des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für Ober- und Niederschlesien.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung nahm einen der Feierlichkeit des Tages gemäßen würdigen Verlauf.

gegen Deutschland und, was den Franzosen wichtiger sein dürfte, gegen Frankreich, wenn die mutige Bemühung der Gewerkschaften für den Aufbau erschwert oder gar ausgehalten würde."

In Deutschland haben wir eine ungeheure Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind obdachlos. Es fällt den deutschen Kapitalisten über nicht ein, in Deutschland Häuser zu bauen, weil ihnen hierbei nach ihrer Ansicht nicht genügend Profit winkt. Jetzt sind sie froh, wenn sie das Baumaterial mit hohen Profiten an das deutsche Reich zum Wiederaufbau Frankreichs verkaufen können. Was kümmert es die deutschen Kapitalisten, wenn die deutschen Arbeiterfamilien zu Hunderttausenden keine Wohnung haben. Die Hauptsache ist der kapitalistische Profit.

Und wie wird die Lage der deutschen Arbeiter sein, die beim Wiederaufbau Nordfrankreichs beschäftigt werden sollen und die dort in Baracken hausen müssen? Wie man sie behandeln will, geht daraus hervor, daß der französische Minister Loucheur sich dagegen wandte, daß für die Arbeiter Baracken eingerichtet werden. Mögen die Arbeiter in Nordfrankreich in den Baracken vor Dreck und Schmutz umkommen, die Hauptsache ist: Niesenprofite für das internationale Kapital.

Vor allen Dingen müssen die deutschen Arbeiter sich aber gegen den von den internationalen Kapitalisten und von den deutschen Gewerkschaftsführern ausgehenden Plan wenden, weil die deutschen Arbeiter als Lohn-drücker der französischen Arbeiter benützt werden sollen.

Das darf es unter keinen Umständen geben!

Wir wollen den französischen Arbeitern brüderlich beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete helfen. Aber die Voraussetzung ist die Beilegung der kapitalistischen Ausbeutung und die Aufrichtung der Diktatur der Arbeiter diesseits und jenseits des Rheins.

Politische Uebersicht.

Die Konterrevolution rüstet zum Krieg.

Waffenlager in Oberschlesien.

Aus Oberschlesien wird uns mitgeteilt:

Es ist seit langem bekannt, daß ganz offiziell von der deutschen Regierung aus Waffenendungen nach Oberschlesien gehen. Als im September 1920 die Besatzungstruppen Waffenendungen aufgefangen hatten, kam ein Befehl des Reichswehrministeriums heraus, von jetzt ab keine Waffenlager mehr im Abstimmungsgebiet anzulegen, sondern an der Demarkationslinie. Dort befinden sich seitdem große Depots und zwar in Reisse, Neustadt, Friedland und Falkenberg. Bezeichnenderweise befindet sich dabei die Feststellung: „Die in diesen Depots aufgestapelten Mengen dürften wohl für jeden Fall genügen.“ Ferner kam Anfang Oktober 1920 die Anweisung heraus, die Waffen, die den Mitgliedern der aufgelösten Einwohnerwehren und Bürgerwehren respektive den Kriegervereinen abgenommen worden sind, sollen sofort zurückgegeben werden. Die zuständige Stelle, mit der das Reichswehrministerium zusammen arbeitet, ist die Schlesierhilfe in Breslau, die diese Hilfsarbeit also sehr weitgehend ausführt. Bei einer anderen Gelegenheit wird festgestellt, daß zur Verwendung in Oberschlesien 30 Geschütze verschiedener Kalibers bereit gestellt worden sind, die sich damals abmontiert in Spandan befanden. Da sie ebenfalls sofort in Verwendung treten sollten, wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Depots Neustadt oder Reisse nicht in Frage kommen, sondern die Befehlsstelle 6 in Breslau hatte dafür zu sorgen, daß auf absolut sicherem Wege zwischen im Abstimmungsgebiet gebracht werden mußten. Besonderer Vermerk: Wegen der internationalen Kontrollorgane ist größte Vorsicht am Platze. Die Befehlsstelle 6 Breslau hatte Geschehenes zu melden.

Das ist die Rüstung der deutschen Konterrevolution. Andererseits rüstet aber auch Polen.

Polen hat noch die Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 unter Waffen. Stau abzurufen, werden die gegenüber Schlesien bereit gehaltenen Truppen noch verhärtet. Der zwei Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien zu einer „wichtigen Uebung“ eingezogene Jahrgang 1901 ist bis jetzt noch nicht entlassen worden.

Die Konterrevolution rüstet also hinter und drüben und es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter mit dem Militaristenkapital diesseits und jenseits der Grenzpfähle aufräumen.

Wie die deutschen Vorschläge aussehen sollen.

Daß der Verhandlungswille der deutschen Bourgeoisie weicht, geht aus den verschiedensten Meldungen hervor, die allerdings alle aus französischen Quellen kommen. Die deutsche Regierung selbst hält sich noch immer in tiefster Stillschweigen. Sie hat noch nicht den Mut zur Offenheit gefunden.

Das Z. U. das Herrn Stümmes sehr nahe steht, verbreitet jetzt eine aus Brüssel kommende Meldung, in der es heißt:

Ein Bericht an die Presse teilt mit, daß die neue deutsche Note folgende Punkte enthalten wird:

1. Uebernahme eines Teiles der alliierten Schulden an Amerika.
2. Eine Teilnahme der Alliierten an der deutschen Industrie, die vermutlich 30 Prozent des jetzigen Kapitals betragen wird, in der Form von privilegierten Aktien, die vor allen anderen Aktien den Vorrang haben.
3. Einen Entwurf für den Wiederaufbau der zerstörtesten Gebiete.

Das Sondergericht in Halle tobt weiter.

Daß außer den schrecklichsten Gefangenemißhandlungen aller Art auch Morde an den wehrlosen Opfern der verhassten Solbateska vorgekommen sind, steht außer Zweifel. Es war nicht immer leicht, die mit überlebensnem Lächeln geforderten Beweise beizubringen. Eine Sache, die verurteilt wurde, brückte dem überraschten Staatsanwalt nun Material in die ordnungschaffenden Hände, das nicht mehr übersehen werden kann. Die Arbeiter Wollit und Otto Herrmann aus Radewell befanden mit Bestimmtheit, daß die gefangenen Arbeiter gezwungen worden sind, der Schupo die gegen die Proletarier gerichteten Minenwerfer fortzuschaffen. Schupo hat sie also gezwungen, an den Kampfhandlungen gegen ihre Klassen-genossen teilzunehmen. Aber nun kommt erst das Bräulichste! Wollit und Herrmann behaupten weiter: „Als wir am zweiten Feiertag abends verhaftet und auf dem Lastauto verladen waren, erschienen plötzlich eine Anzahl

10 Gebote für politische Verhaftete.

Ein nicht unserer Partei angehörender Jurist schreibt uns: Ihre kürzlich veröffentlichten „10 Gebote für Kommunisten“ beleuchten in treffender Weise das Verhalten eines Teiles Ihrer Parteigenossen, das auch Außenstehenden auffallen muß. Gestatten Sie mir, daß ich die dort gegebenen Ratichläge durch „Zehn Gebote für politische Verhaftete“ ergänze, die ich aus meinen praktischen Erfahrungen heraus für nicht minder notwendig halte. („rote Fahne“.)

1. Du hast als Beschuldigter das Recht, jede Aussage zu verweigern, und Du hast als Kommunist die Pflicht, von diesem Rechte in besonders weitgehendem Maße Gebrauch zu machen.

2. Mache daher auf keinen Fall irgendwelche Aussagen, bevor Du nicht mit Deinem Rechtsanwalt gesprochen hast, den man zu Dir lassen muß, und den Du unter vier Augen sprechen kannst.

3. Laß Dich niemals durch den alten Polizeitrick verblüffen, der darin besteht, daß man Dir sagt, man wisse schon alles, weil Deine Genossen oder vielleicht Deine Großmutter schon alles verraten habe. Mit Deinen Freunden verstockt man das gleiche Schwindelmanöver.

4. Laß Dich auch nicht hineinlegen durch die Zusicherung, ein Geständnis sichere Dir Straffreiheit oder mildere Strafe. Die Zusage wird nie gehalten.

5. Sei besonders vorsichtig bei Verhören durch die Leiter der politischen Polizei, bei denen es viel weniger darauf ankommt, Dich über Deine Sache zu vernehmen, als möglichst viel über die Bewegung zu erfahren.

6. Auch wenn die Polizei dies etwas persönlich nachweisen kann, so hast Du unbedingt die Pflicht, über Deine evtl. beteiligten Genossen oder sonstige Parteiangelegenheiten zu schweigen.

7. Unterschreibe niemals ein Protokoll, dessen Inhalt Du nicht billigt oder dessen gewundene, juristische Schreibweise Du nicht verstehst.

8. Sei besonders vorsichtig gegenüber fremden „Genossen“, die man Dir, meistens mit einem Mitgliedbuch der Partei versehen, in die Zelle legt. Sie gehören sich besonders radikal und vertraut, sind aber in Wirklichkeit meistens elende Polizeispitzel.

9. Vor einer Aktion lerne „Deutschland, Deutschland, über alles...“ auswendig, damit Du im Falle Deiner Verhaftung die Verleumdungen fangen kannst, sonst wirst Du es an Deinen Ghedern spüren.

10. Der bekannte „Fluchverbot“ wird meistens in der Weise arrangiert, daß man die Gefangenen die Treppe hinunterstößt oder ihnen einen Stoß in den Rücken versetzt, daß sie vorwärts taumeln, dann werden sie mit dem Ruf: „Halt! Halt!“ hinterwärts niedergedrückt. Weigere Dich daher unter allen Umständen, vor dem Polizeibeamten zu gehen, sondern gehe links neben ihnen.

Sipo-Leute, holten den Arbeiter Karl Reißner vom Wagen und erschossen ihn ohne Grund vor unseren Augen.“ Das ist nur ein Beispiel!

Dem Amtsvorsteher Karl Thäle aus Holzweitz wird vorgeworfen, ein Gewehr (Modell 71) und 199 Patronen im Besitz gehabt zu haben. Er bringt altemännliche Belege, daß das Gewehr am Tage vor dem Einrücken der Reichswahr bei ihm abgegeben worden ist. Das Gericht hätte unbedingt zu einer Freisprechung kommen müssen. Da aber nur Verurteilungen zu lebenslänglichem Zuchthaus edig sind, wurde diese Sache verurteilt und dem ordentlichen Gericht überwiesen.

Der 20jährige Arbeiter Max Dietrich aus Leipzig ist anspruchsvoller Samariter. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dietrich wegen Anschlusses an einen bewaffneten Haufen 1 Jahr Gefängnis und behauptete, daß er des Hochverrats dringend verdächtig sei, denn er habe sich in der Arbeiter-Samariter-Kolonie ausbilden lassen, was nur dem Zwecke dienen könne, bei kommenden Unruhen bereit zu sein! Das Gericht verurteilte ihn zu 10 Monaten Gefängnis.

Der 34jährige Arbeiter Paul Schmidt aus Langenhorn wurde zu 6 Monaten Gefängnis und 300 Mark Schadloshaltung verurteilt, weil er in den Weinbergen von Hohenstein eine alte Karotte fand und sich abgeliefert. Die gleiche Strafe erhielt der 24jährige Geschirrführer Willi Sauer aus Ammendorf, weil er ein paar Stunden ein Gewehr getragen hatte.

Dann erschienen wieder drei Samariter vor der Schupo. Es waren der Dreher Paul Lehmann, der Zimmermann Kurt Kötzke und der Arbeiter Willi Gerlach aus Sulze. Au ihnen ist der Richter Hans Krings angeklagt. Er ist der Einzige, der ein Gewehr getragen hat, die übrigen sind auf ein Auto geladen worden,

um zu Vermundeten geschafft zu werden. In Wirklichkeit fuhr man sie nach Leuna, was sie aber erst bemerkten, als sie dort angelangt waren. Natürlich versucht der Staatsanwalt, ihnen schon auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiter-Samariter-Kolonie hochverräterische Absichten nachzuweisen. Obgleich sich alle alsbald auf die Rückfahrt begeben haben, beantragte er gegen Lehmann und Kötzke je 1 Jahr Zuchthaus, gegen Krings, Gerlach und Krings je 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht sprach jedoch Lehmann, Kötzke und Krings frei. Gerlach erhielt 6 Monate und Krings 11 Monate Gefängnis.

Die USP. und der 1. Mai.

Die Wiener Internationalisten (Sektion USP.) haben zum 1. Mai einen Aufruf herausgebracht, der sich sehen lassen kann.

In diesen Tönen werden die alten USP.-Forderungen hergesagt. Ich, was will man da nicht alles machen. Sogar gegen die innere Reaktion soll der Kampf aufgenommen werden. Weiterhin (oder ob das mit dazu gehört, kann man nicht recht erleben) tritt man ein für Löhne, die eine menschenwürdige Lebenshaltung ermöglichen; man will natürlich auch die Sozialisierung und will „kämpfen“ für die „Sicherung und Erweiterung der politischen Rechte bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat“.

Ein Bekenntnis (und wenn es nur ein Lippenbekenntnis wäre) zur Diktatur des Proletariats sucht man vergeblich. Nicht einmal das Wort proletarische Diktatur kommt in dem Aufruf vor.

Was an dem ganzen Wortschleim ist, geht schon daraus hervor, daß das „Berliner Tageblatt“ dem Aufruf das wärmste Echo wünscht.

Hilferding hat also die Partei dahingeführt, wohin sie gehört: in die Vorkammer der Bourgeoisie.

An die Angehörigen der in den Märztagen Verhafteten!

Die Verteidigung der verhafteten Genossen wird dadurch erschwert, daß die Rechtsanwälte die Vollmachten von den Gefangenen nicht rechtzeitig genug erhalten. Die Angehörigen der Verhafteten werden ersucht, sofort Vollmachten zu beschaffen, damit diese den Rechtsanwälten rechtzeitig übergeben werden können.

Aus der kaiserlichen Republik.

Der Tod der früheren Kaiserin kam den schwarz-weiß-rotten Bannerträgern, die schon lange darauf warteten, sehr gelegen. Jetzt lassen sie ihre Fahnen lustig wehen, nicht als ob sich um die Beerdigung einer toten Frau handelte, sondern um ein monarchistisches Spektakelstück. Die Regierung unterstützt dabei mindestens durch ihre Stillschweigen die monarchistischen Provokateure, die wieder Oberwasser haben. Sie läßt sogar zu, daß in Potsdam, wo die Bestattung am Dienstag unter großem Schaugepränge stattfand, neben der Aus schmückung jedes Privathauses auf Anordnung des Bürgermeisters als Vertreter des Oberbürgermeisters Bözberg auf allen städtischen Gebäuden die Flaggen Halbmast gesetzt wurden, natürlich die von der Republik angeblich abgeschafften schwarz-weiß-rotten Fahnen. Die Reichsregierung ist ja mit „patriotischem“ Beispiel vorangegangen, indem sie an die überlebende „Majestät“ in Doorn eine Beileidskundgebung sandte, mit deren Wortlaut die sonst so geschwägigen Offizionen sich bis heutigen Tages nicht herausgetraut haben. Der preussische Justizminister, unter dessen Verantwortung jetzt täglich das Fallbeil der Ausnahmegerichte auf den Rücken kommunistischer Arbeiter herabfällt, hat sich sogar erdreistet, einen gelinden Zwang zur Beurteilung der Justizbeamten auszuüben, damit sie an der Beerdigung teilnehmen konnten. Das Justizamt bestätigt sich auch hier als die getreueste Sachwalterin der monarchistischen Gegenrevolution. Ähnlich wird es ja auch in den Schulen getrieben, wo der Gewissenszwang, unter dem doch die Kinder stehen, jetzt auch auf die Sammlung für Kranzspenden der Kaiserin ausgedehnt wurden. Auch sonst wurde von der für Wohlfahrtszwecke „zahlungsunfähigen“ Bourgeoisie ein geradezu wahrwüthiger Zugus mit den teuersten Kranzspenden zwecks Demonstration getrieben. Dabei heißt es immer, die Verstorbene hätte ein weiches Herz für arme Kinder gehabt. Und nun werden in ihrem Namen Millionen und aber Millionen zum politischen Ständelieren vergeudet, statt sie den bittersten Not Leidenden zugute kommen zu lassen.

Die Beisetzung fand unter großem Aufgebot von noch immer existierenden Fürstlichkeiten, Würden- und Monokelträgern, kolonnenweise aufmarschierter Reichswehr und massenhaften wüthigen Gassen in Potsdam statt. Die Hohenzollern mit ihren Verwandten und allerhand Hofbeamten waren vollständig erschienen und an der Spitze des zahlreich angeordneten Militärs marschierte Hindenburg, Ludendorff und Tappin in einer Reihe. Auch die anderen lebenden Massenmörder des Weltkrieges, die Generale von Gallwitz, von Preußner, von Klud, von Madenjen und wie sie alle heißen, durften nicht fehlen, um den wiederankündigten Glanz der wilhelminischen Ära mit festgemachten Adjektivitäten, mit Orden und Kluntern glitzern zu machen. Der Sinn der Demonstration offenbarte sich auch in der Teilnahme der behelmten Armeegruppe des russischen weißgardistischen Abenteuerers und Glücksritters General Bermont-Awalow, der am Grabe einen Kranz niederlegte, dessen Schleife ein Hakenkreuz in den alten russischen und deutschen Farben zeigte. In diesem Zeichen will die Gegenrevolution siegen oder begeben.

Die Konterrevolution rüstet im Kreise Rothenburg.

Die Konterrevolution, durch die gute Arbeit des Sozialdemokraten Görting in Mitteldeutschland ermuntert, rüstet sich, um bei der nächsten Aktion selbst aktiv mit in den Kampf einzutreten zu können. Die Agrarier und Schleibauern sind durch den Sieg des Schlächters Hering noch nicht be-

...ne wouen, das die Arbeiterschaft wieder vollständig unter ihrer Aute schufte. Die umschweifende Verelendung des Proletariats wird dasselbe über kurz oder lang zwingen, gegen seine Ausbeuter vorzugehen. Die Bourgeoisie sieht dies voraus, darum ihr Mühen.

Aus dem Kreise R o t h e n b u r g wird uns gemeldet: Seit dem 23. März rüsten die hiesigen Agrarier unaufhaltsam. Truppen aus Pommern treffen täglich ein und werden auf die umliegenden Güter verteilt. Die Güter Dölsa und Kollin wurden zuerst mit Truppen besetzt und zwar mit 12 Mann, 1 Unteroffizier und 1 Wachtmeister. Jetzt ist das ganze Gebiet besetzt, Mannschaften und Offiziere sind auf den Gütern Kreba, Obergabelitz, Nieder-Kengersdorf, Ober-Kengersdorf, Dölsa, Roderdorf und Sorla untergebracht. Das Hauptquartier befindet sich in Horla. Die Leute gehören sämtlich der Zentralarbeitsgemeinschaft in Berlin an, welches die Stelle ist, die das ganze Reich mit Ortschaften versorgt. Die Mannschaften sind neu eingekleidet, stehen also kampfbereit.

Die Arbeiterschaft des Kreises Rothenburg hat die Aufgabe, geschlossen gegen diese Terrorbanden vorzugehen. Dies sind dieselben Subjekte, die die Landarbeiterschaft in Pommern und Ostpreußen während ihres Streiks niedergelassen haben, diese weißen Garben sind dazu bestimmt, der Arbeiterschaft Schlesiens dasselbe Schicksal zu bereiten.

Unsere Genossen, die den wahren Charakter dieser „friedlichen“ Leute durchschaut hatten, wandten sich sofort an den Vorsitzenden der SPD. Sebald und forderten ihn auf, gemeinsam die gesamte Arbeiterschaft des Kreises Rothenburg zum Protest gegen die Herausforderung aufzurufen. Die Rechtssozialisten, die das Wort von der Einigung des Proletariats so gern in den Mund nehmen, hätten hier Gelegenheit gehabt, gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat gegen die Banden der Konterrevolution vorzugehen. Hieran liegt ihnen jedoch nichts, der Vorsitzende der SPD. Sebald lehnte es ab, selbst eine Demonstrationsumzug gegen diese Anebelung des Rothener Proletariats. Solange uns die Truppen in Ruhe lassen, erklärte er, haben wir keinen Grund, gegen sie einzuschreiten. Die Truppen werden solange ruhig bleiben, bis ihnen der Befehl zum Angriff gegeben wird. Dann wird kein Demonstrationsumzug mehr helfen, dann werden die gut ausgerüsteten Banden der Konterrevolution, genau wie beim Rapp-Butsch, über das wehrlose Proletariat herfallen. So darf es nicht kommen.

Das Proletariat des Kreises Rothenburg muß sich über die Köpfe der widerpenigen rechtssozialistischen Führer hinweg zum Kampfe gegen die immer frecher werdende Konterrevolution zusammenschließen, es muß alles aufbieten, damit die Gruppen aus dem Kreise Rothenburg entfernt werden, damit die Waffen, die auf den Gütern verstreut liegen, aus den Händen der Gegenrevolution gerissen und zum Schutze der Revolution verwandelt werden.

Ausland.

Die englischen Bergarbeiter kämpfen weiter.

Wie die englischen Blätter melden, ist eine neue Komplikation im Kohlenstreik eingetreten durch die Forderung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter von Südwales, daß die Pumparbeiten in den Bergwerken eingestellt werden sollen. Desgleichen fordern sie den Rücktritt Hodges. Wie verlautet, wird dieser auf der Konferenz der Bergarbeiter am kommenden Freitag das Vertrauensvotum verlangen. Berichte über Beschüsse, die in verschiedenen Bergwerksbezirken von den Vollzugsausschüssen gefaßt wurden, zeigen, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter entschlossen ist, auf der Regelung der Lohnfrage durch einen finanziellen Ausgleich zu bestehen.

Frankreich will das Gold der deutschen Bourgeoisie.

(Agence Havas.) Der Reparationsausschuß hat an die Kriegskostenkommission eine Note gerichtet, die bis zum 1. Mai die Einlösung der Goldbestände der Reichsbank in das deutsche Gebiet fordert. Falls Deutschland diese Forderung des Reparationsausschusses ablehnen sollte, so würde sich derselbe gezwungen sehen, von Deutschland die sofortige Aushändigung des gesamten Goldbestandes zu fordern.

Aus der Partei.

Falsche Solidarität.

E. M. Die Solidaritätserklärung von Praß und Genossen mit Paul Levi ist von der Zentrale kurz beantwortet worden. Sie scheint mir aber eine etwas ausführlichere Besprechung notwendig zu machen.

Solidaritätserklärungen sind gar leicht verfaßt. Am 16. morgens erschien der Ausschluß von Paul Levi gedruckt in der „Roten Fahne“ und am selben Morgen lag bereits die Erklärung der Genossen Praß usw. vor. Der Beschluß der Zentrale wendet sich gegen die Broschüre Levis, und zwar mit ausführlicher Begründung. Die Solidaritätserklärung nimmt dagegen mit keinem Wort auf diese Begründung der Zentrale Bezug. Sie schweigt sich völlig darüber aus, ob die acht Genossen die Veröffentlichung der Broschüre für taktisch und parteifördernd halten. Levi hatte bereits innerhalb der Organisation, zum Beispiel vor den Berliner Funktionären seine Auffassung über die Märzaktion ausgesprochen; die war den Mitgliedern der Zentrale bekannt. Die Zentrale hatte daraufhin ebenso wenig einen Beschluß auf Entfernung aus der Partei gefaßt, wie bei der Genossin Zeilka und anderen, die im Zentralauschuß ihre kritische Stellungnahme zur Märzaktion vortrugen. Der Protest der acht Genossen gegen Levis Ausschluß geht also an dem unmittelbaren Anlaß des Ausschlusses stillschweigend vorüber.

Der bestellte Anschlag gegen die Sieges- säule vor dem Moabiter Sondergericht.

Die kleinen Plänkelen im Moabiter Schwurgerichtssaal sind vorüber. Die Klassenjustiz zeigt zur Freude der bürgerlichen Kamille ihre Krallen. Ein Proletarier hat man auf die Anklagebank geschleppt unter der Beschuldigung, versucht zu haben, die Verfassung der Republik gewalttätig umzustürzen und zu diesem Zweck ein Dynamitverbrechen, durch Sprengung der Siegessäule, unternommen zu haben. Weiter geht die Beschuldigung gegen die Genossen dahin, Waffen widerrechtlich im Besitz gehabt zu haben, ein Verbrechen, das straflos nur der Ortschaft zugeht. Wohlweislich hat es die Regierung des Staatsanwalts unterlassen, den angeblichen Anstifter dieses Anschlages, den Genossen Hölz, mit den jetzigen Angeklagten gemeinsam auf die Anklagebank zu bringen, weil dann das Lügengerücht, mit dem Regierung, Polizei und Gericht in herrlicher Dreieinigkeit arbeiten, einen Riß bekommen hätte. Obwohl Hölz fehlte, so hat doch der erste Verhandlungstag schon genügt, um jedem, der nicht vollkommen durch seinen Klassenstandpunkt oder durch seine politische Urteilslosigkeit verblendet ist, erkennen zu lassen, daß der Anschlag gegen die Siegessäule eine der dreifachsten Spitzelmacherei ist, die jemals eine Polizeiverwaltung unternommen hat.

Als zu Beginn der Verhandlung erhob Justizrat Dr. o. h. den Einwand der Ungefährlichkeit des Gerichts. Justizrat Frankel verlangte, daß die Verhandlung nicht ohne die Urheber und eigentlichen Täter, die das Dynamit in die Siegessäule gelegt haben, und welche die Polizei merkwürdigerweise nicht gefaßt hat, durchgeführt werden könne. Justizrat Frankel gab die genaue Adresse des vielgenannten Ferry, der auch unter dem Namen Wilhelm Häring und Franz Kramer aufgetreten war, und seines Helfershelfers Willi Pieper an. Er teilte auch mit, daß Häring in Halle bereits verhaftet war und daß er, obwohl er in der Siegessäulenangelegenheit als Haupttäter in Frage käme und seine Verhaftung in den Zeitungen gestanden hätte, aus der Haft entlassen worden ist.

Als erster wurde der Angeklagte Merdon vernommen, der Mitglied der KPD ist. Er habe zunächst nicht gewußt, um was es sich handele. Er sei in der fraglichen Nacht mit zur Siegessäule marschiert und habe Posten gestellt. Er sei dann zum Bahnhof Friedrichstraße gelaufen. Vorsitzender (höflich): Sie hatten wohl Angst, daß Ihnen die Siegessäule um die Ohren fliegen würde? Merdon: Nein, ich wollte in keine Schießerei verwickelt werden, denn ich merkte sehr, daß das ganze eine Spitzelmacherei war. — Der Angeklagte Neumann gibt zu, ähnlich wie Merdon an den Versammlungen bei Wolf teilgenommen und auch bei der Siegessäule Posten gestanden zu haben. Bei der Vernehmung des Genossen Hannemann versucht der Vorsitzende dem Angeklagten in den Mund zu legen, daß Hölz der Anstifter des Attentats war, wozu der Verteidiger Justizrat Broß wiederum energisch protestiert. Hannemann wehrt sich bei dem Verhöre durch den Vorsitzenden dagegen, sich durch Verdrehungen seiner Worte einen Strich drehen zu lassen. In ähnlicher Weise wie die vernommenen Angeklagten hat sich auch Möbes beteiligt. Kranz bestreitet mit aller Entschiedenheit, in irgendwelcher Weise bei dem Unternehmen beteiligt gewesen zu sein. — Der Angeklagte Kaminski wird besonders beschuldigt, die Gittertür der Siegessäule mit Dietrichen geöffnet zu haben. Er bestreitet wie bei der polizeilichen Vernehmung jede Beteiligung. Bei dieser Vernehmung wird festgestellt, daß der Kommissar schon bei der Vernehmung des zuerst im Polizeipräsidium vernommenen Verhafteten über die ganze Affäre informiert war, woraus mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß die Anstifter und Mitäter im Dienste der Polizei arbeiteten. Es sind, wie sich herausgestellt hat, zwei Hilber des Ferry, die sich bei den Gerichtsakten befinden müssen, verschwunden, und es besteht der Verdacht, daß die Polizei ein gefälschtes Bild vorgelegt hat. — Baumbach berichtet bei seiner Vernehmung, daß er bald den Verdacht hatte, daß Ferry ein Agentprovokateur war. Er wurde von Seiten der Partei mit der Überwachung des Ferry beauftragt. Leider sei es ihm nicht möglich gewesen, den Ferry rechtzeitig zu entlarven. — Der Angeklagte Lemke bestreitet jede Beteiligung. — Die Angeklagten Merdon und Neumann erklären, daß die Beschuldigungen im Protokoll gegen Lemke gegen ihren ausdrücklichen Willen aufgenommen worden seien. — Angeklagter Hörling wurde von dem eigenen Genossen, da er früher Angehöriger der eisernen Division gewesen war, mit einem gewissen Mißtrauen behandelt. Er gibt an, an den Verhandlungen teilgenommen zu haben, aber im übrigen nicht beteiligt zu sein. — Angeklagter Kunstmeier Wolf war mit dem Angeklagten Baumbach befreundet und hat ihm und Ferry seine Räume für

Partei-Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt, ohne sich an den Inhalt dieser Konferenzen zu kümmern. Von dem geplanten Anschlag gegen die Siegessäule war ihm nichts bekannt.

Als erster Zeuge in der Beweisaufnahme wurde der Kassierer der Siegessäule, Lau, vernommen. Zwischen 11 und 1/2 Uhr kam, nachdem schon verschiedene Besucher die Säule bestiegen hatten, ohne irgend etwas Verdächtiges zu bemerken und zu melden, eine Gruppe von Personen, von denen einer seinen Freund hat, seinen Apparat zu halten. Lau nimmt an, daß dieser Apparat nichts anderes als die Risse mit Dynamit gewesen ist, denn kurz nachdem diese Personen hinaufgestiegen waren, wurde der Fund der Risse gemeldet. Der Zeuge schickte zunächst seinen Freund Sautz, der ihn gerade besuchte, hinauf, doch hielt die Frau diesen Zeugen ab, die verdächtige Schachtel anzufassen. Darauf hat Lau zwei Reichswehroldaten, die etwa 10 Minuten später kamen, die Schachtel herunterzuholen, was diese auch taten. Außerdem wurde Sicherheitspolizei geholt. Die Zündschnur wurde von den Soldaten und Polizisten abgeschnitten. Justizrat Praß weist an Hand der Aussage des Zeugen Lau nach, daß die Pappschachtel also gar nicht zu einer Zeit, wo die Angeklagten beteiligt waren, in die Säule getragen wurde, sondern daß hier eine andere Tat der Spitzel vorliege, an der die Angeklagten überhaupt nicht beteiligt seien. Es sei notwendig, den Wächter Ludwig zu vernehmen. Das Gericht gibt dem Zeugen Lau auf, Ludwig für Dienstag vormittag zu bestellen.

Es wird dann der ärztliche Sachverständige Medizinalrat Störmer vernommen. Seine Aussage ergibt ein erschütterndes Bild. Von drei Angeklagten erklärt dieser bürgerliche Sachverständige, daß sie infolge der Kriegsverletzungen schwer nervenleidend geworden sind, und diese krank und unbescholtenen Männer haben die Schurken von Polizeispitzeln benutzt, um sie wegen ihrer politischen Gesinnung ins Zuchthaus zu bringen. Die Sprenglabordirektoren Dr. Harter und Dr. Fischer haben die Sprenglabordirektoren untersucht. Es zeigt sich, daß hier von Seiten der Polizei verschiedenes geschehen ist, um die Tat möglichst zu verdunkeln. Beide Sachverständige erklären ausdrücklich, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, daß die Zündschnur von morgens 5 Uhr bis vormittags 11 Uhr gebrannt habe. Es ist damit schon festgestellt, daß die Angeklagten mit dem eigentlichen Attentat auf die Siegessäule gar nichts zu tun haben, sondern daß hier eine Arbeit bezahlter Polizeispitzel vorliegt. Die Vernehmung der beiden Soldaten und der Polizisten befähigt durchaus diese Feststellungen. Es steht überhaupt nicht fest, ob die Schnur um 11 Uhr gebrannt hat. Es ergibt sich, daß die Protokolle der Polizei nicht einmal mit den Aussagen der Soldaten und Polizeibeamten übereinstimmen, sondern daß in der leichtfertigen Weise das Gegenteil von dem, was die Zeugen ausgesagt haben, protokolliert worden ist.

Den Höhepunkt der Verhandlung bildete die Vernehmung des Kriminalkommissars Scheller. Er weigerte sich, Auskunft zu geben, von wem er über die ganze Angelegenheit schon unterrichtet war, bevor er noch einen Angeklagten vernommen hatte. Er wollte nicht aussagen, ob die Belohnung an Mitäter bei dem Attentat gezahlt worden sei. Er wollte nicht aussagen, ob irgendwelche Schritte gegen Willi Pieper unternommen seien. Er behauptete, daß er Ferry ernstlich gesucht habe, mußte aber die Möglichkeit zugucken, daß andere höhere Dienststellen Ferry mit dem Attentat beauftragt hatten und daß er diesen Zusammenhang nicht übersehen könne. Es wurden noch die Ehefrauen der verurteilten Angeklagten und andere Zeugen vernommen, die eine Reihe entlastender Momente anführten.

Das Urteil.

Nach einstündiger Beratung wurde das Urteil gefällt. Die Angeklagten Baumbach, Lemke und Wolf wurden wegen mangelnden Beweises freigesprochen, Kranz und Kaminski wegen Vergehens gegen die Verordnung betreffend den Waffenbesitz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat und teils des Vergehens gegen die oben genannte Verordnung schuldig befunden. Es erhielten: Merdon, Hannemann, Spurzschinski und Möhring je 6 Jahre 4 Monate Zuchthaus, Moebes und Neumann je 6 Jahre Zuchthaus. Die sechs Letzgenannten wurden ferner zu je 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die beschlagnahmten Waffen, Munition, Sprengstoffe usw. werden eingezogen.

Die Erklärung der acht Solidaritätserklärer mit der „politischen Auffassung des Genossen Levi über die Märzaktion und über das Verhalten der Zentrale“. Diese Formulierung läßt mindestens zwei Fragen offen: Solidaritätserklärer sich die Acht mit der Tatsache des Scheiterns der Broschüre im gegenwärtigen Augenblick und in der vorliegenden Form? Solidaritätserklärer sich die Acht insbesondere mit Levis Beurteilung der Internationale, der Exekutive und ihrer Vertrauensleute? Offenbar nicht, denn sonst wäre in der Erklärung die Rede davon. Der Ausschluß Levis wurde aber gerade ausführlich begründet durch die den genannten Fragen zugrunde liegenden Tatsachen.

Während hier die Acht sehr schweigsam sind, nehmen sie den Mund bei einer ihrer Behauptungen um so voller: „Der Hinweis der Zentrale auf angeblich juristische Folgen der Veröffentlichung Levis ist nichts anderes, als der Versuch, jede sachliche und klare Kritik der Haltung der Zentrale unmöglich zu machen.“ Um „jede“ Kritik unmöglich zu

machen, berief die Zentrale sofort eine Zentralauscheidung ein, beauftragte die Zentrale die Zulassung der Genossin Zeilka zu dieser Sitzung als Korreferentin und beteiligte sie sich, wo nur irgend möglich, an Diskussionen mit Levi und seinen Freunden in Mitgliederversammlungen.

Die Bruchfertigkeit der Solidaritätserklärung, die die schwersten Vorwürfe gegen die Zentrale enthält, zeigt sich in dem ganzen Inhalt dieser Erklärung. Die Solidaritätserklärung geht darüber hinweg, daß der Zentralauschuß nach ausgiebiger Debatte sich die Auffassung der Zentrale zu eigen gemacht hat. Die Erklärung tut trotzdem so, als handele es sich allein um die Zentrale.

Die Solidaritätserklärung legt ihre Hand für die Wahrheit der Levischen Beweismittel ins Feuer. Sie erinnert dadurch an die berühmte Erklärung der Intellektuellen in den ersten Kriegsmontaten 1914. Nur ein wenig kritischer Sinn hätte die acht Genossen davon abhalten müssen, so in Hauch und Bogen die Wahrheit der Beweismittel zu beschreiben.

Die Solidaritätserklärung betrachtet Levis Schritt als die unwiderrufliche Vertiefung der den weißen Gerichten ausgelieferten Genossen. Schon das bisherige Echo in der bürgerlichen und menschenwürdigen Presse zeigt, wie sinnlos diese Behauptung ist.

Die Solidaritätserklärung beruft sich auf die Grundzüge der 3. Internationale und Beschlüsse des 2. Kongresses. Muß man noch einmal klären den Satz aus dem Aufruf der Exekutive an die Märzämpfer: „Ihr habt richtig gehandelt!“ Die acht Genossen berufen sich auf die 3. Internationale in einem Augenblick, wo fünf von ihnen eben erst von der Exekutive gesagt worden ist, daß sie Mangel an Disziplin zeigen und Anlässe der Bildung eines rechten Flügels bei ihnen zu konstatieren sind.

Die Solidaritätserklärung beruft sich auf die Beschlüsse des Moskauer Kongresses und befreit im gleichen Atemzuge der Zentrale Rechte, die von dem Moskauer Kongress in mehreren Zeitsätzen ausdrücklich als selbstverständliche und notwendige Befugnisse vorbehalten werden.

Die Solidaritätserklärung teilt die politische Auffassung Levis, also auch seinen Vorwurf über das angebliche Hinübergehen der KPD zur KAP. Von einem solchen Hinübergehen ist natürlich keine Rede. Die Beschlüsse der Exekutive verlangen aber gerade eine engere Kampfgemeinschaft mit der KAP, die von den acht Genossen als Verstoß gegen die Grundzüge der Internationale verurteilt wird.

Die acht Genossen behaupten, Levis Auffassung entspräche durchaus den Grundzügen der Internationale und den Beschlüssen des Moskauer Kongresses, trotzdem die Exekutive und ihre Vertrauensleute erklären, daß Levi schon „knapp vor einem Bruch mit der Internationale stehe“. Die acht Genossen berufen sich darauf, daß Levi der Zentrale gegenüber die Internationale verteidigt, trotzdem Levi nicht erst seit heute die ganze Partei in den schärfsten Konflikt mit der Internationale zu bringen versucht, und trotzdem er in seiner Broschüre ausdrücklich erklärt, daß „an der angeblichen Niederlage der KPD das Exekutivkomitee „mindestens einen Teil der Schuld“ trüge.

Schließlich wirft die Solidaritätserklärung der Zentrale vor, einen persönlichen Fall Levi schaffen zu wollen, um sachliche Auseinandersetzungen unmöglich zu machen. Dieser leichtfertige Vorwurf gehört wahrscheinlich mit zu der sachlichen Auseinandersetzung, die von den acht Genossen eingeleitet wird! Levi, der es bisher stets verstanden hat, sachliche Fragen zu einer Frage über die Eignung irgend einer Person zuzuspitzen, wird sich über dieses Urteil der acht Genossen wahrscheinlich nicht weniger wundern, als irgend ein anderer Genosse, der nicht zu den blinden Anhängern Levis gehört.

Wenn irgend etwas geeignet ist, die Parteidiskussion in ein falsches Geleise zu bringen und die Parteieinheit zu gefährden, so ist es die Erklärung der acht Genossen, die die Parteidiskussion statt mit einer sachlichen Darlegung ihrer Auffassung, mit einem persönlichen Vertrauensvotum für Levi beginnt.

Aus der Provinz.

Wiesbaden. In der am 17. d. Mts. im Schützenhause stattfindenden Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes wurde unter Genosse Scholz zum 1. Vorsitzenden und Genosse Brauner zum Schriftführer und 1. Bevollmächtigten der Zahlstelle gewählt. Genosse Scholz brachte den „Offenen Brief“ der KPD zur Sprache, der von den Versammelten mit Zustimmung angenommen wurde. Nur der Gewerkschaftssekretär Schmittow glaubte nicht mitmachen zu können und sprach gegen den „Offenen Brief“. Als Vorstand benutzte er die Forderung der Bewaffnung des Proletariats, hat aber wohl vergessen, daß eine Forderung der Gewerkschaften in dem Bielefelder Abkommen, welches nach dem Kapp-Putsch abgeschlossen wurde, war, die Bildung von Arbeiterwehren gegen die Reaktion vorzunehmen. Die Gewerkschaften haben es jedoch nie immer nur bei dieser papierernen Forderung gelassen. Die Revolution unserer Genossen wurde gegen nur 2 Stimmen von allen Anwesenden angenommen; dieselbe ist an den Hauptvorstand gerichtet. Bei Behandlung des Bundes Manifest wurde beschlossen, den Gesamtüberblick den mitteleuropäischen Kämpfern zu überweisen. Dierin legen wir, daß unsere mitteleuropäischen Brüder auf die Solidarität auch der schlechtesten Proleten rechnen können. Diesen Beschluß der Arbeiterklasse Wiesens als wird allen Ortsgruppen zur rechten Nachahmung empfohlen.

Wiesbaden. Am 19. d. Mts. wurde der bereits auf freien Fuß gesetzte Genosse Dammann aus Hannover wiederum in Wiesbaden verhaftet.

Lokales.

Breslau, den 21. April 1921.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau

Am Montag abend in der „Zackenkrone“ statt. Nach Umänderung der Tagesordnung behandelte Genosse Opitz in einem kurzen Überblick die Entwicklung der Ereignisse in den letzten Wochen. Er schilderte die inneren und äußeren Lage vor der Märzaktion. Zeigte nochmals den eigentlichen Charakter des Märzabendes Höflichkeit gegen das mitteleuropäische Proletariat, dessen Vorwand, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, eine Lüge war, die derselbe inzwischen selbst prahlerisch zugegeben hat. Besonders ging der Referent auf die Lage der Partei ein, die nach der Märzunterlage geschaffen ist. Es ist kein Grund, die nach der Märzunterlage erkennen, daß das Proletariat ohne den aktiven Kampf nicht mehr auskommen wird. Wir werden bei der nächsten Aktion, die kommen wird und muß, weitere Kreise der Arbeiterklasse für den Kampf gewinnen haben. Das mitteleuropäische Proletariat wird nicht isoliert dastehen, sondern aus den Märzämpfern wird das deutsche Proletariat die Schlüsse ziehen und bei kommenden Kämpfen über das ganze Reich gemeinsam und geschlossen aufstehen.

Die Aktion war notwendig, sie konnte nicht vermieden werden. Höflichkeit hat sie bewußt dem mitteleuropäischen Proletariat aufgezungen. Die Zentrale hat recht gehandelt, als sie das deutsche Proletariat zum Generalstreik gegen diese Provokation ihrer Brüder in Mitteleuropa aufrief. Es war kein Putsch, der von der Zentrale zu dem Zwecke herbeigeführt wurde, um das mitteleuropäische Proletariat in ein Blutbad zu senden, wie Levi in seiner Broschüre leichtfertig behauptet, sondern der Kampf war notwendig, um die Knebelung des mitteleuropäischen und in seiner Fortentwicklung des gesamten deutschen Proletariats zu verhindern. Das deutsche Proletariat hatte diese Gefahren nicht verstanden, darum die Niederlage. Wenn sich jetzt Personen hinstellen, die während der Aktion sabotiert haben und jetzt behaupten, dieselben zu bejahren, so kann gegen dieselben nicht scharf genug vorgegangen werden.

Zu der Diskussion stellten sich die meisten Redner auf den Boden des Referats. Drei Redner glaubten jedoch, gestützt auf die Broschüre Levis, gegen die Zentrale vorgehen zu müssen, weil dieselbe voraussehen mußte, daß die Aktion nicht vom Gesamtproletariat getragen wurde. Diesen Genossen, die noch von der Illusion der U.S.V. befangen sind, daß das Proletariat erst zum größten Teil für die Diktatur gewonnen werden müßte, wurde von anderen Diskussionsrednern das reformistische ihrer Zentronei klargestellt. Es sind dies schöne Wünsche, aber in der heutigen Gesellschaftsordnung mit ihrem Apparat der Beeinflussung der Arbeiterklasse wird dieser Zeitpunkt niemals eintreten. Nach ausführlicher Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Ortsgruppe Breslau der KPD billigt die politische Haltung der Zentrale und verurteilt auf das schärfste die passive und aktive Gegnerlichkeit einzelner Genossen während der Aktion und fordert die Zentrale auf, die Organisation auf die größte Kampfkraft einzustellen und alle dazu erforderlichen organisatorischen Maßnahmen durchzuführen.

Die Ortsgruppe Breslau spricht den mitteleuropäischen Kämpfern ihre Hochachtung aus und gibt das Versprechen ab, sich gleichfalls für kommende Aktionen kampffähig einzustellen.

Der Gebärstreik der Arbeiterfrauen als antimilitärische Waffe und Kulturmittel.

Ueber dieses Thema sprach am Dienstag im Zentralballsaal ein Syndikalist, Dr. L. Bernheim. Das Referat, das getragen war von einem großen Verständnis und Mitleid für die Leiden der arbeitenden Klasse und dem heiligen Bestreben, diesem Elend abzuhelfen, machte einen tiefen Eindruck auf alle Zuhörer, besonders auf die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Referent schilderte die elende wirtschaftliche Lage der Proletariat, die schlechten Wohnverhältnisse, welche ja in Breslau besonders schlimm sind (Breslau hat ja von Deutschlands Städten prozentual die meisten Keller- und Dachwohnungen) und die aus diesen miserablen Verhältnissen bedingten Krankheiten, Mangelernährung, Schwindsucht, Säuglingskrankheiten usw. Er führte an, wie die Proletariat, die unter solchen schlechten Bedingungen leben, immer noch diejenigen sind, welche die meisten Kinder in die Welt setzen, während die Bourgeoisie versteht, ihren Kinderlegen einzuschränken. Er sprach von der doppelten Moral der herrschenden Klasse, die für sich das Recht der künstlichen Verhinderung der Schwangerschaft in Anspruch nehmen und von der Arbeiterfrau verlangen, sie muß gebären, auch wenn sie noch so krank ist, wenn die Aussicht besteht, daß sie bei der Geburt zu Grunde geht, wenn die begründete Annahme besteht, daß das Kind ein Krüppel wird usw. Von der doppelten Moral der Ärzte, die der Name der „Geißelhaft“ heißen, der Arbeiterinnen aber nur gute Ratsschläge geben und sie verwehren, daß ja nicht gleich das schlimmste eintreten wird. Die Arbeiter sollen erkennen, daß es viel schlimmer ist, Kindern den Eintritt ins Leben verweigern, wenn man weiß, daß das Kind doch nur ein kränkliches sein wird. Der Vortragende gab den Zuhörern einige Ratschläge, wie man die Schwangerschaft überhaupt verhindern kann und daß man kein Sexualleben viel schlimmer gestalten soll. Die Bourgeoisie bemerkt ja doch nur die Kinder der Proletariat als Kanonenspaten. Was hat eine Arbeiterfrau von ihrem Kinde, das sie mühselig groß gezogen hat und das dann auf dem „Felde der Ehre“ ertrudelt wird?

Bei alledem, was der Referent sagte und was wir zum großen Teil nur unterbrechen können, müssen wir aber doch sagen und unter Zeichen der KPD hat es ihm und den Anwesenden auch gefaßt, daß er bei allem von dem Grundgedanken ausgeht, das Proletariat kann sich seine Lage in dem engen kapitalistischen System ändern und verbessern. Dieses kann man nur in ganz beschränktem Umfang aufrecht erhalten, denn um grundlegende Veränderungen auf dem Gebiet der Sexual-Ethik, des Mutter- und Säuglingsstages zu machen, die dem herrschenden Stande der Menschheit entsprechen, bedarf es einer Herrschaft des Proletariats, einer gewaltigen sozialen Umwälzung. Unser Genosse ging dann noch auf Mitleid ein, wo das Proletariat schon die Herrschaft ergriffen hat und auf diesem Gebiete schon eine umgehende Kulturart vollbracht hat, die heute noch nicht so wirkt, deren Wirkung erst eine zukünftige Generation richtig ermessen wird. Es ist nur traurig, daß über diese Arbeit unserer russischen Genossen und besonders unserer russischen Genossen noch so wenig bekannt ist. Erwinnern möchten wir nur an das Buch der russischen Genossin Kollontaj, „Die neue Moral und die Arbeiterklasse“, das uns die Anfänge ungeheurer herrlicher Wege zeigt.

Trotz des anarchistischen Mantels des Vortrages können wir doch mit einem Diskussionsredner sprechen: Noch mehr solche Vorträge in dem noch so richtig zu bezeichnenden Boden-Breslau-Bürgerliche Vertreter und Verze meldeten sich nicht zu Wort, trotz Einladung.

Ein Betrüger als Gefängniswärter. In der letzten Zeit ist in Breslau ein Mann aufgetreten, der sich als Hilfsmittelmeister im Untersuchungsgefängnis ausgab und vielfach den Namen Kievwetter beigelegt hat. Er hatte sich Kenntnis davon verschafft, welche Männer im Untersuchungsgefängnis saßen und war bei diesen Frauen erschienen, angeblich im Auftrage ihrer Männer. Diese ließen angeblich um Geld, Kleider, Wäsche und Lebensmittel bitten. Die Frauen ließen sich auch vielfach bestimmen, dem Betrüger das Verlangen zu überreichen, so eine Frau ein Paket und 60 Mark. Vor dem Schwindler sei dringend gewarnt; man übergebe ihn zutreffendfalls dem nächsten Polizei-Beamten.

Geschäftliches.

Wir verweisen auf die Anzeige von Hermann Partetzke, Herren-Bekleidungshaus, Nikolaistraße 48, welches neu eröffnet ist und Garantie dafür bietet, da der Inhaber jahrelang in den größten Häusern als Zuschneider tätig war, auch dem Fern-Zuhörer gerecht zu werden.

Versammlungskalender.

- Distrikt 3a. Donnerstag, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Kajüte, Klejnschloßstraße 11, Distriktversammlung. Der wichtigen Tagesordnung wegen muß jeder Genosse pünktlich erscheinen. Schwere Abrechnung haben sämtliche Kassierer zu erscheinen.
- Distrikt 4. Freitag, den 22. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Distriktlokal. Referent anwesend. Wichtige Tagesordnung.
- Distrikt 5. Donnerstag, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, Distriktlokal abend im bekannten Lokal. Referent anwesend.
- Distrikt 9. Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, außerordentlicher Distriktabend. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend. Vollzählige Erscheinung ist Pflicht.
- Distrikt 14. Freitag, den 22. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Schmidt. Wichtige Tagesordnung.
- Bekleidungsarbeiter.** Alle dem Bekleidungsarbeiterverband angehörenden Genossen treffen sich zur Besprechung Donnerstag abend 7 Uhr im Kartelllokal.
- Kommunistische Jugend.** Donnerstag, den 21. April, abends 7 Uhr, Zusammenkunft in der Schule Minoritenhof. Vortrag: Geschichte der russischen kommunistischen Jugend. — Freitag, den 22. April, 8 Uhr abends, Zusammenkunft in der Schule Anderschstraße, Zimmer 1. Vortrag. — Sonntag, den 24. April, morgens 8 Uhr, trifft sich die Kindergruppe und die Jugend an der Schule Minoritenhof zu einer Wanderung nach der Schwedenkirche.
- Rein-Salibrunn.** Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Finsterrund wichtige Funktionärsitzung. Alle in der Partei tätigen Genossen müssen unbedingt erscheinen. Genossen, die sich besonders interessieren, sind eingeladen.

Kleine Nachrichten.

Ein Offensivbündnis zwischen Frankreich, Tschechien und Jugoslawien soll im Abschlusse begriffen sein. Es soll sich gegen die deutsch-österreichische Anschließbewegung richten.

Frankreich gegen Bayern. Der französische Geschäftsträger in München hat gegen die Verbetätigung Bayerns für den Anschluß Tirols an Deutschland protestiert.

Vor einem neuen Krieg in Mittelamerika. Neuzeit meldet: Guatemala, Honduras und San Salvador, die dem mittelamerikanischen Staatenbunde angehören, haben sich verpflichtet, gemeinsam mit Costa Rica dem Staate Panama den Krieg zu erklären, falls Costa Rica dieses auf Grund seines Grenzstreites mit Panama für erforderlich hält.

Die Engländer gegen die Arbeiter rüsten. Havos meldet aus London: Das Unterhaus hat die Nachtragsforderung für die Schaffung eines besonderen Verteidigungsfonds und sonstiger Sicherheitsmaßnahmen, die für außerordentliche Fälle von der Regierung eingebracht worden war, mit 201 gegen 44 Stimmen gebilligt.

Verlagsgeber „Sozialistischer Verlag e. S. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt Ernst Beder, für Anzeigen: Sozialistischer Verlag e. S. m. b. H. Druck: Buchdruckerei B. v. d. Danzig, familiär in Breslau.

Stadttheater.
Donnerstag 7 Uhr
Cavalleria rusticana.
Freitag
Der Bajazzo.
Freitag 7 Uhr
Baccaccio.

Oper-Theater.
Abend 7 Uhr:
Ueber unsere Staff.
1. und 2. Teil.

Chaila-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Maas.

Schauspielhaus.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtigal.
Freitag 9 3/4 Uhr:
Die Dame in Rot.

Liech-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des April-Programms.

Nur bis Mai
CIRCUS BUSCH
PRINZ
BETTILIN
Carl Grünwald
nur bis 1. Mai

LunaPark
Königliche Hofkapelle

Lesen erziehen: Eeben erziehen:

Politischer:
Drei Monate in Sowjetrußland
Hier schreibt einer über Sowjetrußland, der nicht Kommunist ist, er zeigt die Licht- und Schattenseiten dieses Regimes. Es ist das beste Buch, was bisher ein Intellektueller über Rußland geschrieben hat.
Preis 21.—
Zu beziehen durch:
Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbnergasse 45

Wo kaufst Du?

Geschäften und Geschäften!
Damit die Geschäftskunde verpflichtet sind, auch bei uns zu hinterfragen, erzieht diese Eindeutigkeit nur bei

Inferenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Die billigsten Anzüge
gut und modern in eigener Werkstatt hergestellt, frei von jedem Zwischenhandel, bekommen Sie nur bei mir

H. Partetzke
Herren-Bekleidungshaus
Nikolaistr. 48, 4. Haus vom Ringplatz.

Achtung! Neu eingetroffen!

Liebknechts Briefe
Preis 18.— Mark

Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbnergasse 45.